

CDU-Schwarzkonten

Grundsätzlich:**Die Parteien sind mit der Industrie/Unternehmer verbunden und sorgen über die Gesetzgebung, daß Bürger bei den Firmen kaufen müssen. Die Parteien erhalten dann bei entsprechenden Verhalten Spenden aus der Industrie.**

Erinnerungen:Unter dem Kanzler Helmut Kohl (ist schon tot) gab es bei der CDU **Schwarzkonten**, was gesetzwidrig ist.

Die CDU ist eine große Partei mit an die 400.000 Mitglieder und auch mit sehr viel Geld,aber man wollte mehr Geld.

Ergebnis war dann,daß die CDU eine Strafzahlung in Millionenhöhe zahlen mußte.

Kanzler Helmut Kohl rief dann seine „**Freunde in der Industrie**“ an, die dann über Spenden die Millionen zahlten.

Verpflechtung der Parteien mit Industrie/Unternehmer

So eine Verpflechtung kann man gar nicht verhindern,sondern nur über **geltende Gesetze** einschränken.

Ukrainekrieg:Ein hohes CDU-Parteimitglied forderte die Lieferung vom Flugkörper **Taurus**,der wohl 1 Million Euro kostet.

Argumentation war dann,daß man die Ukraine bei dem Freiheitskampf unterstützen muß,was auch vollkommen richtig ist.

Problem:**In jedem Krieg gibt es Kriegsgewindler, die sehr, sehr viel Geld kassieren, was natürlich die Bürger bezahlen müssen.**

Frage:„**Wollt ihr Kanonen oder Butter?**“

Bedeutet:Man kann irrsinnig viel Geld in Waffen investieren und zwar so viel,bis man nichts mehr zu essen hat.

Wenn ein **Taurus-Flugkörper** nun 1 Million Euro kostet,dann ist das so viel,daß ein kleiner Arbeiter das in seinen ganzen Leben nicht verdienen kann.

100 Taurus wären dann für die Herstellerfirma **100 Millionen Euro** Umsatz.Das ist doch nicht schlecht!!

Verbindung Herstellerfirma-CDU

Die Herstellerfirma vom System Taurus hat einen Umsatz von 1 Million,wenn ein Flugkörper verkauft wird.

Diese Firma kann eine Spende an die CDU leisten,völlig legal und es existiert auch somit ein Kontakt zwischen Firma-CDU.

Ergebnis:Je mehr Flugkörper verkauft werden könne,um so mehr Geld kann die Firma an die CDU spenden.

Alle Zahlungen kann man gar nicht kontrollieren

Wenn nun ein Parteimitglied **Bargeld** als Aufwandsentschädigung bekommt und das ohne Quittung, dann kann man das gar nicht nachweisen.

Manager kassieren Millionen an Jahresgehalt und 10.000 € ist für solche Typen nur ein Taschengeld.Eine andere Möglichkeit,um eine Aufwandsentschädigung zu zahlen,ist die **Einfädelung** von Geschäften,wie **Immobiliengeschäft,Autokauf, billige Kredite oder günstige Urlaubsreisen.**

Die Vorteile, die sich aus solchen Geschäften ergeben haben natürlich **Normalbürger** nicht.

Beispiel Fahrrad

Die Vorschriften im Straßenverkehr führen dazu, daß Fahrräder teuer ausgerüstet werden müssen, wie **Reflektionsstreifen** am Reifen, **Reflektoren**, ständig leuchtende **Lampen** und **Mindestprofiltiefe**.

Ein Fahrrad ohne Motor hat aber nur eine normale **Geschwindigkeit** von **15 km/h**.

Am helligsten Tag braucht man diese Ausrüstung gar nicht, aber diese Ausrüstung kostet ja viel Geld und das sind dann Einnahmen für die Herstellerfirmen.

Die Bürger könnten ja selber entscheiden, wo sie investieren und auch wie viel Geld.

Beispiel: Ausrüstungskosten pro Fahrrad **50 €** ergibt bei 40 Millionen Fahrrädern in Deutschland

2 Milliarden Euro, die eigentlich gar nicht notwendig wären.

Helmpflicht a=25 €/Helm würde ja auch wieder **1 Milliarde** kosten

Könnten die Bürger selber entscheiden, dann würden Millionen Bürger nichts investieren.

Bei solchen unsinnigen Gesetzen werden Bürger immer entmündigt!!

Beispiel Schweißerschein Autoreparatur

Bis ca. 1990-CDU war an die Regierung-konnte ein Privatmann ohne Schweißerschein Reparaturschweißungen an einer Autokarosserie durchführen.

Das wurde dann verboten.

Hintergrund war: Die Privatpersonen waren **Bastler**, die sich das Fachwissen privat angeeignet hatten und das ohne offizielle Ausbildung.

Das funktionierte auch sehr gut.

Diese privaten Reparaturen wurden nun verboten und zwar mit der Begründung der **Verkehrssicherheit** und das solche Arbeiten nur von ausgebildeten **Fachleuten** ausgeführt werden können.

Folge: Die Bastler konnten nichts mehr selber machen und aus diesem Grund hatten dann die Autokonzerne mehr Absatz und/oder die KFZ-Betriebe mit ausgebildeten KFZ-Meister mit Schweißerschein mehr Aufträge.

Für mich bedeutete das nun, daß ich für eine Reparaturschweißung an die **100 D-Mark** und mehr aufbringen mußte, was das Autofahren für mich sehr verteuerte.

Aus diesem Grund habe ich dann wegen **zu hoher Kosten** das Autofahren aufgegeben.

Hohe Folgekosten für die Bürger

Aus den Beispielen sieht man, daß sich Sachen für die Bürger extrem verteuern und die Bürger sich überlegen müssen, ob sie sich noch etwas kaufen können.

Die **CDU** ist auf jeden Fall mit der **Industrie/Unternehmer** verbunden, was auch vom Gesetz her erlaubt ist-bis auf Vorgänge, die ungesetzlich sind-und auch **andere Parteien** bilden da keine Ausnahme.

Dieses System führt aber dazu, daß immer mehr Gesetze/Verordnungen entstehen, die die Bürger so einschränken, daß sie nichts mehr selber machen können, keine eigenen Entscheidungen treffen dürfen.

Meine Forderung ist: **Die Bürger können alles selber entscheiden und es gibt nur Einschränkungen, wo es unbedingt notwendig ist.**